

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Restriktive Osthandelspolitik der USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1983) : Restriktive Osthandelspolitik der USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 5, pp. 212-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135794>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Bolz

Restriktive Osthandelspolitik der USA

Bei der Einführung des Getreideembargos Anfang 1980 konnte Präsident Carter auf die Unterstützung seitens der westeuropäischen Länder rechnen. Als er aber die Sanktionen ohne vorangegangene Konsultationen mit Westeuropa auf Bereiche ausdehnte, die für die Sowjetunion technologisch wichtig sind und in denen westeuropäische Firmen traditionelle Außenhandelsbeziehungen mit der UdSSR unterhalten, stieß er auf eine nahezu geschlossene Ablehnung seiner Politik.

Erst allmählich setzte sich damals beim Präsidenten der Vereinigten Staaten die Einsicht durch, daß die wirtschaftlichen und politischen Interessen Westeuropas wegen seiner besonderen politisch-strategischen Lage nicht in allen Punkten mit denen Amerikas übereinstimmen können. Doch bereits damals hätte man in Amerika erkennen müssen, daß eine gemeinsame Strategie für die Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen nicht allein in den USA formuliert

und dann den anderen westlichen Industrieländern quasi verordnet werden kann. Der im Grunde permanent aufrechterhaltene Anspruch der USA, für die Regelung der Beziehungen zwischen Ost und West autonom die Richtlinien zu bestimmen, hat nicht nur zusätzlich neben den ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen belastet, sondern auch das Verhältnis zwischen den westlichen Ländern untereinander gestört.

Auch bei den sogenannten Wirtschaftsgipfeltreffen spiegelte sich die restriktive amerikanische Ostwirtschaftspolitik wider, zugleich aber auch der Wille, die europäischen Verbündeten und Japan auf diese Linie festzulegen. In Ottawa machte Präsident Reagan klar, daß man über eine wesentliche Verschärfung der Embargo-Politik im Rahmen des Cocom verhandeln müsse. Die nachfolgenden Gespräche auf verschiedenen Ebenen – auch im Rahmen der NATO – brachten aber erwartungsgemäß keine Ergebnisse. In Versailles schien man in Kredit- und Handelsfragen eine Kompromißformel gefunden zu haben, mit der auch die europäischen Länder unter Wahrung ihrer besonderen Interessen hätten leben können. Schon kurz nach Versailles machten die Amerikaner aber deutlich, daß sie ihren alten harten Kurs im Osthandel fortsetzen würden.

Wie konsequent Präsident Reagan seine Restriktionspolitik betreibt, zeigte nicht zuletzt die Verhängung eines mehrmonatigen amerikanischen Embargos gegenüber den europäischen Lieferanten im Rahmen des Erdgas-Röhren-Geschäfts mit der Sowjetunion. In einer Reihe von Verhandlungen mit den westeuropäischen Ländern, die zum Teil bilateral geführt wurden, hat Amerika jetzt seine weitreichenden Forderungen zur Begrenzung des Ost-West-Handels, d. h. konkret, zur Ausweitung der Embargoli-

ste unter Einführung scharfer Kontrollen erneut vorgetragen. Die geplante Verlängerung und die in vielen Punkten beabsichtigte Verschärfung des „Export Administration Act“ beseitigen jeden Zweifel darüber, daß der amerikanische Präsident sein Instrumentarium zur „Regulierung“ des Osthandels noch griffiger gestalten will, und zwar auch gegenüber einzelnen Firmen in Europa und Japan. Die im US-Außenministerium vorgetragenen Proteste der Europäischen Gemeinschaft scheinen in Washington kein Gehör zu finden. Auch Japan, das ebenso wie Europa an einer gemeinsamen Strategie beim Handel mit modernen Technologien interessiert ist, warnt die USA vor neuen einseitigen Beschlüssen.

Unter diesen Bedingungen können auch vom bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg keine wirklich tragfähigen Kompromisse erwartet werden. Wahrscheinlicher sind weitere Belastungen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, aber auch der Beziehungen zwischen den Verbündeten, wenn dieses Thema behandelt werden würde. Die europäischen Staaten und Japan, die aus politischen und ökonomischen Gründen an einer Stabilisierung und einem allmählichen Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, d. h. des Handels, der Kreditgeschäfte und der industriellen Kooperation interessiert sind, sollten deshalb Amerika Zeit lassen, seine Position zu überdenken. Wie fragwürdig im übrigen umfassende Sanktionen hinsichtlich ihrer lückenlosen Durchführbarkeit und insbesondere ihrer Wirkung auf die sowjetische Wirtschaft sind, haben ja nicht zuletzt in Amerika durchgeführte Untersuchungen gezeigt. Es steht für alle beteiligten westlichen Länder zu viel auf dem Spiel, als daß nicht von Amerika eine erneute Überprüfung seiner Positionen in dieser grundsätzlichen Frage erwartet werden könnte.